

RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung

Projektion der Wirtschaftsentwicklung bis 2030: Migrationseinbruch schadet dem mittelfristigen Wachstum

Impressum

Herausgeber:

RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung

Hohenzollernstraße 1-3 | 45128 Essen, Germany

Postanschrift

Postfach 10 30 54 | 45030 Essen, Germany

Fon: +49 201-81 49-0 | E-Mail: rwi@rwi-essen.de

www.rwi-essen.de

Vorstand

Prof. Dr. Dr. h.c. Christoph M. Schmidt (Präsident)

Prof. Dr. Thomas K. Bauer (Vizepräsident)

Dr. Stefan Rumpf (Administrativer Vorstand)

Prof. Dr. Kerstin Schneider (Mitglied des erweiterten Vorstands)

© RWI 2026

Der Nachdruck, auch auszugsweise, ist nur mit Genehmigung des RWI gestattet.

RWI Konjunkturbericht

Schriftleitung: Prof. Dr. Dr. h. c. Christoph M. Schmidt

Gestaltung: Magdalena Franke, Silvia Mühlbauer

Projektion der Wirtschaftsentwicklung bis 2030: Migrationseinbruch schadet dem mittelfristigen Wachstum

ISSN 1861-6305 (online)



Das RWI wird vom Bund und vom Land
Nordrhein-Westfalen gefördert.



Projektion der Wirtschaftsentwicklung bis 2030: Migrationseinbruch schadet dem mittelfristigen Wachstum¹

Stefan Kotz, Clara Krause und Torsten Schmidt

Inhaltsverzeichnis

Kurzfassung.....	3
Summary.....	3
1. Potenzialwachstum kommt zum Erliegen.....	4
2. Iran-Krieg belastet den Welthandel.....	8
3. Fiskalpolitik expansiv ausgerichtet, Geldpolitik reagiert auf Inflation	9
4. Projektion bis 2030: Produktionslücke leicht positiv	10
5. Literatur.....	12

¹ Abgeschlossen am 29.06.2026. Wir danken Silvia Mühlbauer für die technische Unterstützung.

Kurzfassung: Die mittelfristigen Wachstumsperspektiven werden maßgeblich durch den demografischen Wandel und die anhaltend geringe Produktivitätsdynamik getrübt. Hinzu kommt, dass der jüngste Rückgang der Zuwanderung die Entwicklung des Arbeitskräftepotenzials bremst. Vor diesem Hintergrund dürfte das Produktionspotenzial bis zum Jahr 2030 stagnieren. Die im Prognosezeitraum entstehende positive Produktionslücke speist sich dabei im Wesentlichen aus der staatlichen Ausgabendätigkeit. Getragen von der konjunkturellen Erholung gerät die gesamtwirtschaftliche Produktion bereits im Jahr 2027 in eine Phase der Überauslastung, während der Kapitalstock über den gesamten Projektionszeitraum nur verhalten zunimmt. Die zentralen Unsicherheiten dieser Prognose ergeben sich aus dem Tempo des Mittelabflusses aus dem Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität sowie den Entwicklungen im handelspolitischen Umfeld. Alles in allem ist für den Projektionszeitraum mit einer historisch ungewöhnlich schwachen wirtschaftlichen Dynamik zu rechnen.

Summary: The medium-term growth outlook is being significantly dampened by demographic change and persistently weak productivity dynamics. In addition, the recent decline in immigration is slowing the development of the labor force potential. Against this backdrop, potential output is likely to stagnate until 2030. The positive output gap emerging over the forecast period is driven essentially by government spending activity. Supported by the cyclical recovery, aggregate output is already expected to enter a phase of overutilization in 2027, while the capital stock increases only modestly over the entire projection period. The key uncertainties surrounding this forecast stem from the pace at which funds are disbursed from the special fund for infrastructure and climate neutrality, as well as developments in the trade policy environment. All in all, historically unusually weak economic momentum is to be expected over the projection period.

1. Potenzialwachstum kommt zum Erliegen

Als Grundlage der Mittelfristprognose wird das Produktionspotenzial bis zum Jahr 2030 geschätzt. Dabei wird, wie in der EU-Methode zur Potenzialschätzung (Havik et al. 2014), eine gesamtwirtschaftliche Produktionsfunktion vom Cobb-Douglas Typ zugrunde gelegt. Auf Basis historischer Werte sowie der Kurzfristprognose (Schmidt et al. 2026) werden die Trendkomponenten der Produktionsfaktoren Kapital, Arbeit und totale Faktorproduktivität (TFP) geschätzt und bis zum Jahr 2030 fortgeschrieben, um die Faktoren um Konjunkturkomponenten zu bereinigen. Für die Herleitung des (potenziellen) Arbeitsvolumens erfolgt dies anhand einer Zerlegung in die zugrundeliegenden Faktoren: Erwerbsbevölkerung, Arbeitsmarktpartizipation, Erwerbstätigkeit und Arbeitszeit pro Kopf der Erwerbstätigen.

Bei der Bestimmung der Trendkomponenten orientiert sich die vorliegende Prognose am Verfahren der modifizierten EU-Methode (MODEM) der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose. Diese unterscheidet sich von der ursprünglichen EU-Methode vor allem in zweifacher Hinsicht. Erstens wird zur Schätzung der Trendkomponente der totalen Faktorproduktivität ein Unobserved-Components-Modell verwendet. Dieses trägt dem rückläufigen TFP-Wachstum der vergangenen Jahre Rechnung. Der in der EU-Methode eingesetzte Kalman-Filter hat diese Entwicklung in den letzten Jahren tendenziell überschätzt. Zweitens wird zur Prognose des Arbeitsvolumens ein Kohortenmodell (Barabas et al. 2020) herangezogen. Auf diese Weise können demografische Veränderungen adäquater berücksichtigt werden.

Die Entwicklung der Erwerbsbevölkerung wird anhand von Bevölkerungsdaten des Statistischen Bundesamtes abgebildet. Die Bevölkerungsprognose stützt sich einerseits auf den Zensus und andererseits auf die Ergebnisse der koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung, um das Bevölkerungswachstum im Projektionszeitraum zu bestimmen. Die 16. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung wurde Ende vergangenen Jahres veröffentlicht; sie basiert auf dem Zensus 2022. Sie beschreibt den Trend einer schrumpfenden und alternder Gesellschaft aufgrund gefallener Geburtenraten und erhöhter Lebenserwartung in den letzten Jahrzehnten.

Die Bevölkerungszahlen werden auf Basis der Variante G2L2 der Projektion fortgeschrieben, welche eine moderate Entwicklung der Geburtenrate und der Lebenserwartung bei Geburt beschreibt. Die daraus abgeleiteten Veränderungsdaten werden durch neuere Daten beziehungsweise eigene Annahmen zur Migration ergänzt. Für diese Variante werden sowohl für die Geburtenhäufigkeit als auch für die Lebenserwartung und den Wanderungssaldo moderate Entwicklungen unterstellt.

Die Nettozuwanderung verändert sich häufig sprunghaft und unerwartet. Sie wird neben ökonomischen Chancen und anderen Einflussfaktoren auch durch Veränderungen der staatlichen Gesetzgebung sowie durch Phasen erhöhter Fluchtmigration bestimmt. Während 2022 aufgrund der erhöhten Zuwanderung infolge des Ukrainekriegs ein positiver Wanderungssaldo von rund 1,5 Millionen Personen vorlag, wanderten 2025 nur noch 235.000 Personen mehr zu als ab. Für das laufende Jahr ist mit einem erneuten starken Einbruch zu rechnen. Darauf deuten sowohl die amtlichen monatlichen Wanderungszahlen (zum Zeitpunkt der Prognose bis Februar vorliegend) als auch der IAB-Zuwanderungsmonitor hin, demzufolge der Bestand der ausländischen Bevölkerung zuletzt sogar leicht zurückging.

Für das Jahr 2026 wird mit einer Nettozuwanderung von 100.000 Personen gerechnet. Diese Schätzung liegt deutlich unter den in der niedrigen Variante (W1) der koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung unterstellten 150.000 Personen. Neben dem starken Rückgang der Zuwanderung aus den Hauptherkunftsländern von Asylsuchenden trägt eine reduzierte Einwanderung aus dem EU-Ausland sowie aus Drittländern zu diesem Rückgang bei. Auch eine etwas

erhöhte Abwanderung von Deutschen ist zu erkennen. Die Wanderung zwischen Deutschland und anderen EU-Mitgliedstaaten wird aufgrund der wirtschaftlichen Annäherung zwischen Deutschland und vor allem den östlichen Staaten künftig wohl schwächer ausfallen als in der vergangenen Dekade. Hierzu dürfte eine sinkende Bevölkerung auf dem gesamten Kontinent beitragen.

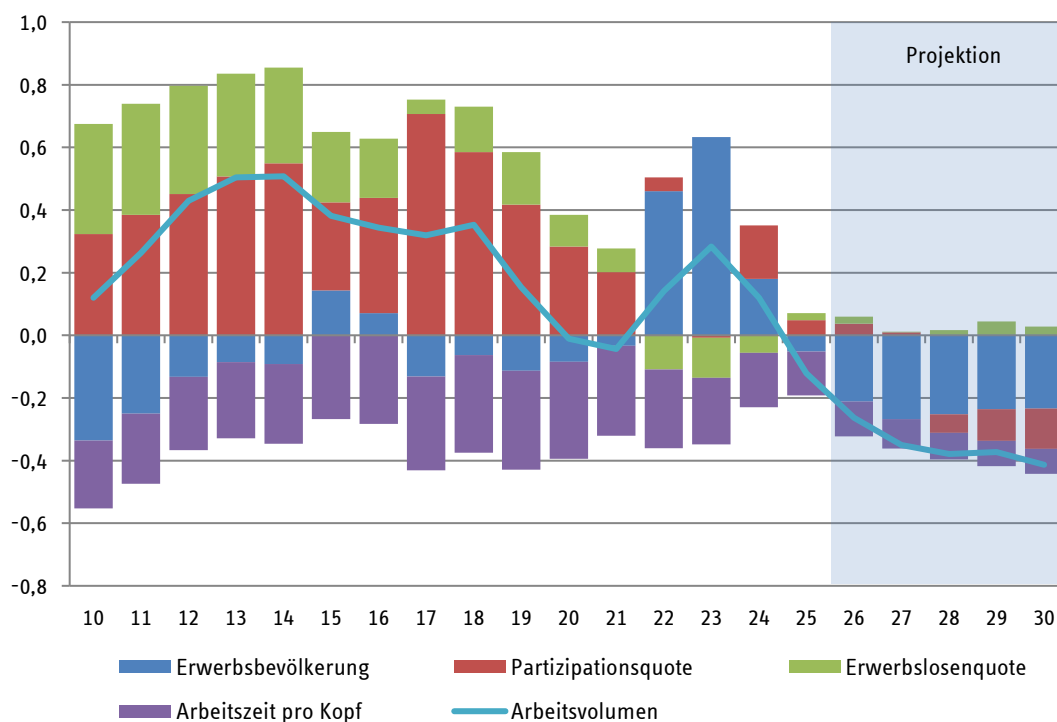
Fluchtmigration ist schwer vorherzusehen und von globalen Krisen abhängig. Trotz zahlreicher globaler Konflikte scheint diese Migration nach Europa und Deutschland rückläufig zu sein. Verschärfte Regelungen auf europäischer und nationaler Ebene – wie die am 12. Juni 2026 in Kraft getretene Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) sowie die Aussetzung des Familiennachzugs – dürften den Zuzug von Schutzsuchenden dämpfen. Eine konjunkturelle Erholung Deutschlands dürfte etwas anziehend auf internationale Arbeitskräfte wirken; gleichwohl steht Deutschland bei der Erwerbsmigration in Konkurrenz zu anderen Zielländern. Die Attraktivität Deutschlands als Migrationsziel ist, beeinträchtigt durch langwierige und ineffiziente Verfahren bei der Visavergabe sowie dem Erwerb von Aufenthaltstiteln, erlebte Diskriminierung – etwa bei der Wohnungssuche – sowie die mangelnde Anerkennung im Ausland erworbener Qualifikationen (Hackmann et al., 2025).

Diese Überlegungen führen für die vorliegende Prognose zu einer Reduzierung der Annahme für die Wanderung auf das Niveau des unteren Szenarios der Bevölkerungsvorausberechnung. Es wird mit einer jährlichen Nettozuwanderung von 150.000 Personen ab dem Jahr 2027 gerechnet. Die Gesamtbevölkerung hat – auch aufgrund der schwächeren Zuwanderung – ihren Höchststand wahrscheinlich bereits im Jahr 2024 erreicht. Noch deutlicher fällt der Rückgang bei der Erwerbsbevölkerung aus. Im Projektionszeitraum dürfte sie damit negativ zum Wachstum des potenziellen Arbeitsvolumens und des Produktionspotenzials beitragen (Schaubild 1).

Schaubild 1

Komponenten des Arbeitsvolumens

2010 bis 2030, Wachstumsbeiträge in %-Punkten



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

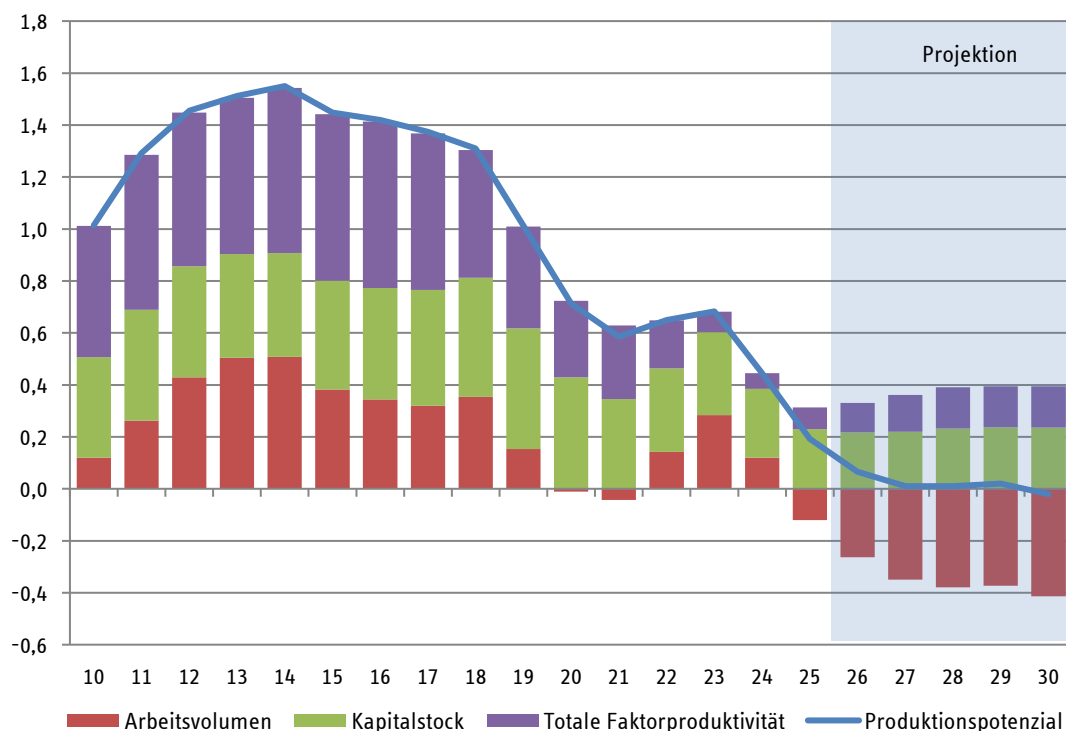
Die Erwerbsbevölkerung ist definiert als die Zahl der Personen im Alter von 15 bis 74 Jahren. Die oberen Alterskohorten der Erwerbsbevölkerung liegen somit deutlich über dem Rentenalter der meisten Menschen in Deutschland. Da die Partizipationsquote auf dieser Basis berechnet wird, führt der Eintritt der Babyboomer Generation in die Rente vor allem gegen Ende des Prognosezeitraums zu einer sinkenden Partizipationsquote. Bei der Bestimmung der potenziellen Arbeitsmarktpartizipation werden geflüchtete Personen und die übrige Bevölkerung getrennt betrachtet. Die hohe Fluchtmigration seit dem Jahr 2022 dürfte die strukturelle Partizipationsquote in den vergangenen Jahren gedämpft haben. Denn obwohl für Geflüchtete aus der Ukraine gesetzliche Rahmenbedingungen geschaffen wurden, die die Teilnahme am Arbeitsmarkt erheblich erleichtern, sind aufgrund der ukrainischen Ausreisebestimmungen überdurchschnittlich viele Frauen mit Kindern, aber ohne mitziehenden Elternteil, eingewandert.

Die getrennte Betrachtung von Geflüchteten und übriger Bevölkerung dient dazu, die strukturellen Entwicklungen innerhalb der restlichen Bevölkerung präziser zu erfassen. Zugleich bleibt die künftige Entwicklung der Partizipationsquote mit Unsicherheit behaftet, da insbesondere politische Reformen die Arbeitsanreize spürbar verändern könnten. Für die strukturelle Erwerbslosenquote ist im Projektionszeitraum ein leichter Rückgang zu erwarten. Maßgeblich hierfür ist die unterstellte fortschreitende Integration von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt, die auch in diesem Zusammenhang gesondert betrachtet werden. Für die übrige Bevölkerung deutet die Schätzung hingegen nicht auf nennenswerte Veränderungen der ohnehin bereits niedrigen trendmäßigen Erwerbslosenquote hin.

Schaubild 2

Komponenten der Veränderung des Produktionspotenzials

2010 bis 2030; Wachstumsbeiträge in %-Punkten bzw. Veränderung in %



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

Die Arbeitszeit je Erwerbstätigen dürfte wie in den vorhergehenden Jahren weiter sinken, allerdings etwas langsamer. Neben der zusätzlichen Verbreitung von Teilzeitarbeit haben während der Pandemie hohe Krankenstände und der verstärkte Einsatz von Kurzarbeit die geleistete Arbeitszeit erheblich gedrückt. Zwar wird diesem Sondereffekt für das Jahr 2020 durch eine Interpolation Rechnung getragen; dennoch ist nicht auszuschließen, dass die außergewöhnlich niedrigen Werte den geschätzten Trend nach unten verzerren. Nach der Pandemie wurde dieser Effekt durch die schrittweise Einführung der digitalen Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung zusätzlich verstärkt, da seither mehr Krankheitstage statistisch erfasst werden (ZEW, 2024). Insgesamt ist im Projektionszeitraum zu erwarten, dass vom potenziellen Arbeitsvolumen – anders als in den vergangenen Jahren – negative Impulse auf das Potenzialwachstum der deutschen Wirtschaft ausgehen (Schaubild 2).

Für die Fortschreibung des gesamtwirtschaftlichen Kapitalstocks wird zunächst die Kurzfristprognose für die Bruttoanlageinvestitionen herangezogen. Die preisbereinigten Bruttoanlageinvestitionen sind von 2019 bis 2025 deutlich – um rund 8% – gesunken. Im Jahr 2026 wird mit einem Wachstum von 0,7% gerechnet und im Jahr 2027 mit einem Anstieg von 1,9%. In der mittleren Frist basiert die Projektion dann auf einer Fortschreibung der Investitionen mithilfe der geschätzten potenziellen Investitionsquote. Das im Jahr 2025 beschlossene Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaschutz (SVIK) sowie ein zu erwartender Anstieg der Investitionen im Verteidigungsbereich gehen in der verwendeten Methode nur insoweit ein, wie sie bereits in der Kurzfristprognose angelegt sind. Aber auch ohne die explizite Berücksichtigung dieser Mittel leistet der steigende Kapitalstock im Projektionszeitraum einen positiven Beitrag zum Potenzialwachstum. Mit einem durchschnittlichen jährlichen Zuwachs von 0,7% nimmt der Kapitalstock jedoch langsamer zu als in den vorangegangenen Jahren (Tabelle 1). Für die Höhe dieses Zuwachses ist nicht nur die Investitionstätigkeit maßgeblich, sondern auch die Entwicklung der Abgänge aus dem Kapitalstock. Diese werden in der Projektion mit der zuletzt beobachteten Quote fortgeschrieben. Sollten die Abgänge künftig höher ausfallen, etwa infolge von Veralterung des bestehenden Kapitalstocks aufgrund von neuen Technologien (wie KI), durch Naturkatastrophen oder wegen des Ersatzes bestehender Anlagen zur Verringerung von Emissionen, könnte dies den Kapitalaufbau zusätzlich dämpfen. Die Steigerung der trendmäßigen TFP trägt mit durchschnittlich 0,2% nur schwach zum Wachstum des Produktionspotenzials bei. Das verwendete Schätzmodell setzt den rückläufigen Trend der vergangenen Jahre fort. Etwaige Produktivitätssprünge, etwa durch den vermehrten Einsatz von KI-Technologien, sind nicht abschätzbar und werden innerhalb dieser Methodik nicht einbezogen; daher besteht auch hinsichtlich der Produktivitätsentwicklung erhebliche Unsicherheit. Im Vergleich zum letzten Bericht wächst in dieser Prognose Produktivität und Kapitalstock etwas stärker, allerdings führen der noch negativerer Trend beim Arbeitsvolumen dazu, dass eine Stagnation des Produktionspotenzial im Durchschnitt des Prognosezeitraums erwartet wird.

Tabelle 1**Produktionspotenzial und seine Komponenten**2000 bis 2030; jahresdurchschnittliche Veränderung in %¹

	2000 – 2025	Wachs- tumsbei- träge ²	2025 – 2030	Wachs- tumsbei- träge ²
Produktionspotenzial	1,1		0	
Kapitalstock	1,3	0,5	0,7	0,2
Solow-Residuum	0,5	0,5	0,2	0,2
Arbeitsvolumen	0,3	0,2	-0,6	-0,4
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter	0	0	-0,4	-0,2
Partizipationsquote	0,5	0,3	-0,1	-0,1
Änderung der Erwerbslosenquote ³	0,2	0,1	0	0
Durchschnittliche Arbeitszeit	-0,4	-0,3	-0,1	-0,1
Nachrichtlich:				
Arbeitsproduktivität	0,8		0,6	

Eigene Berechnungen und Projektionen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. – ¹Differenzen in den aggregierten Werten durch Rundung. – ²In %-Punkten. – ³Ein Rückgang der Erwerbslosenquote führt zu einem Anstieg des Arbeitsvolumens.

2. Iran-Krieg belastet den Welthandel

Ausgangspunkt der vorliegenden Projektion der weltwirtschaftlichen Entwicklung in der mittleren Frist sind die Ergebnisse der Kurzfristprognose für die konjunkturelle Entwicklung des internationalen Umfeldes (Schmidt et al., 2026). Nachdem der Welthandel – vor allem durch die starke Entwicklung in den Schwellenländern – im Jahr 2025 deutlich um 4,2% gestiegen ist, führten die Folgen des Iran-Kriegs zu einem starken Einbruch. Seit dem interimistischen Islamabad Memorandum zwischen den USA und dem Iran sind die Energiepreise wieder deutlich gefallen. So ist der Großhandelspreis von Rohöl der Sorte Brent mit rund 73 US-Dollar je Barrel beinahe auf das Vorkriegsniveau zurückgekehrt. Diese starke Preisminderung war zum Zeitpunkt der Kurzfristprognose noch nicht absehbar; dementsprechend ist hier ein höherer Preis unterstellt. Es ist jedoch unklar, ob nach Ablauf der festgelegten 60-Tage-Frist eine dauerhafte Einigung möglich ist oder ob der Krieg erneut entflammt. Sofern sich der Krieg fortsetzt, ist mit einer erheblichen Beeinträchtigung des globalen Handels zu rechnen.

Der deutsche Außenhandel hat sich im ersten Quartal 2026 überraschend kräftig entwickelt. Auch nach Ausbruch des Iran-Kriegs haben die deutschen Exporte noch leicht zugelegt. In der mittleren Frist wird ein leichter Rückgang des Außenbeitrags erwartet. Diese Entwicklung wird von den Absatzbedingungen für die deutschen Exporteure abhängen, die sich in den Weltregionen stark unterscheiden. In den USA bleibt der Basiszollsatz auf alle Importe von 10% bis zum Juli dieses Jahres bestehen. Es ist offen, ob dieser vom Kongress bestätigt wird; über den weiteren Verlauf der US-Handelspolitik besteht also Unsicherheit. Da die Zollpolitik während der gesamten Amtszeit des jetzigen Präsidenten ein Instrument bleiben dürfte, ist mit Blick auf die USA auch künftig mit einem volatilen Handelsumfeld zu rechnen.

Dagegen scheinen sich die Exporte nach China – abgesehen von den Ausfuhren von Kraftfahrzeugen – inzwischen zu stabilisieren. Die chinesische Wirtschaft dürfte in den kommenden Jahren weiterhin Kapazitäten in zukunftsweisenden Bereichen aufbauen und dadurch international

an Wettbewerbsfähigkeit gewinnen. Für die deutschen Exporte sind daher nur leichte Zuwächse zu erwarten. In den Ländern der Europäischen Union dürfte sich die wirtschaftliche Erholung fortsetzen. Dem steht jedoch ein dämpfender Effekt auf den deutschen Außenbeitrag gegenüber: Die erhöhte staatliche Nachfrage nach Importgütern im Rüstungsbereich wird in der mittleren Frist voraussichtlich zu einem rückläufigen Außenbeitrag beitragen.

In dieser Projektion der mittelfristigen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland gehen wir von den folgenden Rahmenbedingungen aus:

- Der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar verbleibt ab dem ersten Quartal 2026 bei 1,17\$/€, so dass es von dieser Seite zu keiner Veränderung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft kommt.

- Der Ölpreis der Sorte Brent wird gemäß den Annahmen zum Zeitpunkt der Kurzfristprognose 89,9\$ im Jahresdurchschnitt 2026 betragen. 2027 wird der Preis auf durchschnittlich 81,8\$ gefallen sein. Für die mittlere Frist gehen wir von einem auf diesem Niveau konstanten Ölpreis aus.

- Der Welthandel mit Waren (CPB) dürfte in den Jahren 2026 und 2027 um 3,7% bzw. 1,2% steigen; in den Jahren 2027 bis 2030 dürfte er mit knapp 2% je Jahr wachsen.

3. Fiskalpolitik expansiv ausgerichtet, Geldpolitik reagiert auf Inflation

Die Kurzfristprognose (Schmidt et al., 2026) geht davon aus, dass die Finanzpolitik in diesem und im kommenden Jahr expansiv ausgerichtet ist. Auch für die mittlere Frist ist dies zu erwarten. Dazu tragen der erhöhte fiskalische Spielraum durch das Sondervermögen für Investitionen und Klimaschutz sowie die Aussetzung der Schuldenbremse für Verteidigungsausgaben oberhalb von 1% des BIP bei. Ebenso wird von einem erhöhten Staatskonsum ausgegangen, da die Ausgaben für soziale Sachleistungen infolge des demografischen Wandels steigen. Die Beamtenbesoldung wird ab dem Jahr 2027 als Folge von Gerichtsurteilen stärker zunehmen. Staatliche Investitionen in die Infrastruktur können das Potenzialwachstum erhöhen. Falls dieser Effekt eintritt, wird er in der angewandten Methodik erst in künftigen Schätzungen sichtbar, da erst ab dem Jahr 2027 mit einer deutlichen Ausweitung der staatlichen Investitionen gerechnet wird. Von den erhöhten staatlichen Ausgaben dürfte ein gewisser Preisdruck ausgehen, insbesondere weil die zusätzlichen Ausgaben im öffentlichen Bau und in der Verteidigung auf begrenzte Kapazitäten treffen.

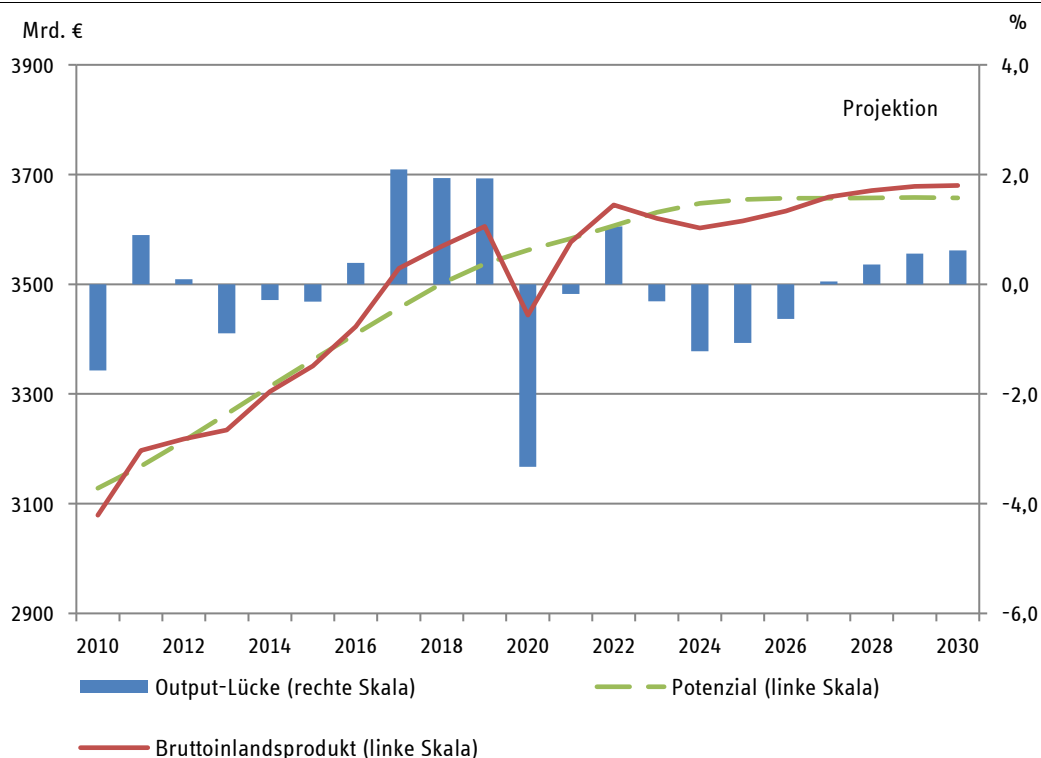
Auf die steigende Inflation im Euro-Raum hat die EZB mit einem Zinsschritt am 11. Juni reagiert. Für das dritte Quartal 2026 wird mit einem weiteren Zinsschritt gerechnet. Sofern die Energiepreise nicht erneut deutlich steigen, dürfte die Zentralbank eine restriktive Geldpolitik nicht über einen längeren Zeitraum für nötig erachten; in der mittleren Frist wird eine Rückkehr zu einem neutralen Zinsniveau erwartet. Für Deutschland ist in den Jahren 2026 und 2027 eine erhöhte Inflationsrate zu erwarten, die in der mittleren Frist allerdings wieder auf Werte um die 2% zurückgehen dürfte. Die finanzpolitischen Impulse dürften vor allem im Bauhauptgewerbe und in der Rüstungsindustrie preistreibend wirken. Da beide Bereiche gesamtwirtschaftlich jedoch ein relativ geringes Gewicht haben, dürften die Auswirkungen auf die Verbraucherpreise insgesamt begrenzt bleiben.

4. Projektion bis 2030: Produktionslücke leicht positiv

In der kurzen Frist beschleunigt sich das reale BIP-Wachstum und beläuft sich sowohl im Jahr 2026 als auch im Jahr 2027 auf jeweils 0,8%. Bereits im Jahr 2027 wird das gesamtwirtschaftliche Produktionspotenzial wieder erreicht, sodass im Jahresdurchschnitt eine positive Produktionslücke von 0,2% entsteht (Schaubild 3). Diese Lücke weitet sich im weiteren Verlauf des Prognosezeitraums kontinuierlich aus und erreicht im Jahr 2030 einen Wert von 0,6%. Das vergleichsweise schwache reale Wirtschaftswachstum von lediglich 0,1% in den Jahren 2028 und 2029 wird dabei vor allem durch die staatliche Ausgabentätigkeit gestützt, während das Produktionspotenzial in der mittleren Frist stagniert.

Schaubild 3

Bruttoinlandsprodukt, Produktionspotenzial und Produktionslücke 2010 bis 2030



Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, eigene Berechnungen; Zeitraum 2025-2030: eigene Prognose, Produktionslücke: Differenz zwischen realem kalenderbereinigtem BIP und Produktionspotenzial in % des Potenzials.

Nachdem der Staatskonsum mit kräftigen 3,6% im Jahr 2026 und 2,2% im Jahr 2027 spürbar expandiert, wächst er in den Folgejahren mit jahresdurchschnittlich 0,1% immerhin noch mit leicht positiven Raten. Die stärksten Wachstumsbeiträge gehen im Zeitraum 2027 bis 2030 von den Anlageinvestitionen aus, die mit jahresdurchschnittlich 0,2% zulegen, wobei die öffentlichen Investitionen die treibende Kraft sind, während der private Konsum in dieser Phase weitgehend stagniert. Auch vom Außenhandel sind in diesem Umfeld keine nennenswerten Wachstumsimpulse zu erwarten. Die Sparquote verharrt im Jahr 2030 mit 10,3% auf demselben Niveau wie bereits im Jahr 2025. In der mittleren Frist dürfte zudem die am BIP-Deflator gemessene Preisdynamik moderat ausfallen.

Angesichts eines stagnierenden Produktionspotenzials ist nicht auszuschließen, dass das realisierte Wachstum leicht negativ ausfällt. Sollten etwa erneut steigende Energiepreise einen spürbaren Kostendruck auf die heimische Produktion ausüben oder sich der Leistungsbilanzsaldo ungünstiger entwickeln als unterstellt, ließen sich einzelne Jahre mit negativen Wachstumsraten nicht ausschließen. Insgesamt sieht sich Deutschland einem historisch schwachen Produktionspotenzial gegenüber, da das Arbeitskräftepotenzial rückläufig ist und sich die Produktivitätsentwicklung merklich verlangsamt hat. Der jüngste Einbruch der Zuwanderung hat diese ohnehin angespannte Lage zusätzlich verschärft.

Das mittelfristige Wachstum könnte auch kräftiger ausfallen, etwa wenn der verstärkte Einsatz von KI die totale Faktorproduktivität spürbar steigen lässt. Zielgerichtete Investitionen im Zuge des SVIK können zudem die Qualität der deutschen Infrastruktur nachhaltig verbessern und auf diese Weise einen wichtigen Beitrag zur Produktivitätssteigerung leisten. Sollte der fiskalische Spielraum hingegen vorrangig für konsumtive Zwecke genutzt werden, blieben diese positiven Effekte aus, und steigende Zinslasten könnten sogar potenzialdämpfend wirken.

Auch der Wanderungssaldo und die Arbeitszeit pro Kopf haben einen deutlichen Einfluss auf das Potenzialwachstum. Sollte das Arbeitsvolumen stärker zurückgehen als hier unterstellt, könnte dies in ein negatives Potenzialwachstum münden. Zugleich eröffnet eine verstärkte Zuwanderung die Chance, das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen und damit das Produktionspotenzial spürbar auszuweiten. Ähnlich verhält es sich mit einem Anstieg der Arbeitszeit pro Kopf: So könnte etwa ein verbessertes Angebot an Kinderbetreuung vielen Familien die Möglichkeit eröffnen, ihre Arbeitszeit auszuweiten, und so zusätzliches Arbeitskräftepotenzial erschließen.

Tabelle 2
Mittelfristige Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
2020 bis 2030

	Absolut			Jahresdurchschnittliche Veränderung in % ¹	
	2020	2025	2030	2020 bis 2025	2025 bis 2030
Entstehungskomponenten des BIP					
Erwerbstätige (Inland), in Mill.	45.0	46.0	45.3	0.3	- 1/4
Arbeitnehmer (Inland), in Mill.	40.9	42.3	41.8	0.5	- 1/4
Arbeitszeit je Erwerbstätigen, in h	1314	1332	1341	-0.5	0
Arbeitsvolumen, in Mill. h	59066	61241	60818	-0.2	- 1/4
Arbeitsproduktivität					
BIP je Erwerbstätigen, 2020=100	100.0	102.3	105.6	-0.2	1/2
BIP je Erwerbstätigenstunde, 2020=100	100.0	100.9	103.4	0.3	1/2
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt, verkettete Volumina, in Mrd. €	3450.7	3608.9	3673.7	0.1	1/4
Deflator des BIP, 2020=100	100.0	123.9	139.0	3.9	2 1/2
Verwendung des BIP in jeweiligen Preisen, in Mrd. €					
Bruttoinlandsprodukt	3,450.72	4,469.81	5,106.44	4.0	2 3/4
Private Konsumausgaben	1,748.77	2,372.48	2,686.05	4.3	2 3/4
Konsumausgaben des Staates	769.05	1,006.11	1,186.25	5.8	3 3/4
Bruttoanlageinvestitionen	736.48	907.86	1,049.62	3.4	2 3/4
Vorratsinvestitionen	749.81	984.62	1,112.61	-	-
Außenbeitrag	183.10	106.60	121.52	-	-
Nachr.: Außenbeitrag in % des BIP	-1.03	-1.52	0.00	-	-

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. – ¹ Im Projektionszeitraum auf 0,25%-Punkte gerundet.

5. Literatur

- Barabas, G., N. Isaak, P. Jäger und M. Micheli (2020), Projektion der Wirtschaftsentwicklung 2024: Unterauslastung der Kapazitäten in Deutschland. RWI Konjunkturberichte, 71(2), 35-49.
- Döhrn, R., G. Barabas, B. Blagov, A. Fuest, P. Jäger, R. Jessen, M. Micheli und S. Rujin (2018), Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: Aufschwung setzt sich fort, Gefährdungen nehmen zu. RWI-Konjunkturberichte 69 (3): 21-56.
- Hackmann, A. , K. A. Kholodilin und T. Schildmann (2025), Mehr Migration könnte Potenzialwachstum der deutschen Wirtschaft deutlich erhöhen, DIW aktuell 101 : Sonderausgaben zur Bundestagswahl 2025, 7 S.
- Havik, K., K. Mc Morrow, F. Orlandi, C. Planas, R. Raciborski, W. Röger, A. Rossi, A. ThumThysen und V. Vandermeulen (2014), The Production Function Methodology for Calculating Potential Growth Rates & Output Gaps, European Economy, Economic Papers 535, Europäische Kommission, Brüssel.
- Höslinger, E. und M. Lay (2026), Monitoring der Investitionen des Bundes: Werden zusätzliche Schulden auch für zusätzliche Investitionen verwendet? ifo Schnelldienst digital 4.
- Lehmann, R. und J. Ragnitz (2026) Künftige Entwicklung der Bevölkerung in Deutschland, ifo Dresden berichtet 1.
- Schmidt, T., N. Benner, B. Blagov, N. Isaak, R. Jessen, S. Kotz, C. Krause, J. Lippert, M. Nöller und P. Schacht-Picozzi (2026), Frühsommer 2026: Iran-Krieg unterbricht konjunkturelle Erholung. RWI Konjunkturberichte, 77, A03
- ZEW (2024) Einordnung des deutlichen Anstiegs der krankheitsbedingten Fehlzeiten seit 2022. ZEW policy brief 18. Mannheim: ZEW.